

***Markt vor Mensch?***

***Menschenrechte und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche***

**Thomas Gebauer/medico international**

I.

Mit Blick auf die sich heute in aller Welt ausbreitende Unvernunft ist das Pochen auf die Vernunft der Menschenrechte allerdings von allergrößter Bedeutung. dabei gilt es einen höchst merkwürdigen Widerspruch aufzuklären. Wie kommt es, dass die Menschenrechte heute zwar in aller Munde sind, aber zugleich eine dramatische Zunahme von Menschenrechtsverletzungen zu beklagen ist?

Wo wir hinschauen, ob nach Guatemala, Südafrika, Brasilien, Russland, Indien, die Türkei: überall werden wir Zeuge, wie Menschenrechte mit Füßen getreten werden und bereits mühsam verwirklichte Menschenrechte wieder abgebaut werden.

Wie kommt es zu diesem Widerspruch? Wie ist es möglich, dass sich Politiker aller Couleur mit wohl gesetzten Worten für die Rechte der Menschen stark machen können und doch zugleich alles tun, um die politischen und ökonomischen Voraussetzungen der Menschenrechten zu untergraben?

Auch Angela Merkel macht da keine Ausnahme. Ich hatte im Mai 2015 die Gelegenheit, ihrer Rede zur Eröffnung der Weltgesundheitsversammlung in Genf zuhören zu dürfen. Selbstverständlich betonte sie das Recht aller Menschen auf Gesundheit; selbstverständlich sprach sie von der Unteilbarkeit der menschlichen Würde und selbstverständlich verlangte sie, dass alle Menschen an allen Orten der Welt Zugang zu angemessener Daseinsvorsorge haben sollten. Das klang alles ganz wunderbar – keine Frage -, und fast schon konnte man darüber vergessen, dass es nicht zuletzt die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik ist, die für die weltweite Zunahme von sozialer Ungleichheit und damit für die Verletzung eines ganzen Bündels von Menschenrechten Mitverantwortung trägt.

Bedenklich an der Rede von Angela Merkel in Genf stimmte aber nicht nur der offenkundige Widerspruch zwischen Anspruch und Realität, sondern dass eben dieser Widerspruch kaum jemandem aufgefallen ist: den versammelten Delegierten nicht, aber – mit einigen Ausnahme – auch den anwesenden Vertretern der NGOs nicht.

Woher rührt diese Verwirrung? Für mich ist das keine nur rhetorische Frage. Ich bin überzeugt, dass wir im Kampf für die Menschenrechte nur dann vorankommen werden, wenn wir verstehen, warum die gute Sache der Menschenrechte in Wirklichkeit doch so wenig zählt.

II.

Schauen wir also genauer hin! - Wie es um die Menschenrechte jenseits all der Sonntagsreden bestellt ist, - ich denke, dass muss ich nicht im Detail ausführen. Ich will Sie deshalb auch nicht mit Zahlen langweilen, aber doch auf das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen hinweisen. Betroffen sind ja nicht alleine die politischen Freiheitsrechte, sondern auch und gerade die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

Milliarden von Menschen führen heute einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf mit weniger als zwei Dollar am Tag. Vor allem in den Ländern des Südens, aber auch am Rande der europäischen und nordamerikanischen Großstädte greifen wirtschaftliche Zerrüttung und soziale Marginalisierung um sich. Der weltweit zu beobachtenden Zerfall rechtsstaatlicher Strukturen begünstigt die Informalisierung von Gewalt und die Willkürherrschaft von Warlords, Clans, kriminellen Netzwerken. Minderheiten werden verfolgt, Kinder ausgebeutet, die Pressefreiheit mit den Füßen getreten. Elend und Sozialabbau allerorten. Und in der Folge Gewalt, die immer neue Gewalt heraufbeschwört. Selbst in Ländern mit langer demokratischer Tradition wird heute das absolut geltende Folterverbot in Frage gestellt. Mit Blick auf die Gefahrenlage müssten die Menschenrechte heute hintangestellt werden, heißt es. Ausgerechnet in dem Land, das vielen als das Ursprungsland der Menschenrechte gilt, ausgerechnet in Frankreich geht der Krieg gegen den Terror heute einher mit der Einschränkung der Bürgerrechte.

Das skandalöse Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen aber ist nicht vom Himmel gefallen. Es resultiert aus weltgesellschaftlichen Verhältnissen, die eben nicht an den Bedürfnissen und Rechtsansprüchen von Menschen ausgerichtet sind, sondern an partikularen ökonomischen und Machtinteressen. Das ist meine zentrale These, und die will ich gerne näher erläutern.

Wer sich den Blick für die in der Welt herrschenden Machtverhältnisse nicht verstellen lässt, erkennt in dem Konflikt, der zwischen der guten Idee der Menschenrechte und ihrer realen Praxis besteht, etwas, das zum Kern bürgerlicher bzw. kapitalistisch geprägter Gesellschaften gehört. Wir entdecken Gesellschaften, die zwar formalrechtlich die Gleichheit propagieren, ihren Fortbestand aber auf Klassegegensätze und Ausbeutung gründen, auf Verhältnisse, die systematisch Ungleichheit produzieren.

Schon zu Zeiten der Amerikanischen und Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts, der Geburtsstunde der Menschenrechte sozusagen, war das der Fall. Der Gleichheitsanspruch – mit großem Pathos in der amerikanischen „Bill of Rights“ formuliert –, galt selbstverständlich nur für die weiße Bevölkerung, genauer: nur für die weißen Männer. Auch das revolutionäre Frankreich zögerte nicht lange und schlug damals den Aufstand der Haitianer, die an den revolutionären Errungenschaften teilhaben wollten, blutig nieder.

Dass die Menschenwürde offenbar doch teilbar sein kann, ist eine traurige Erfahrung, die sich durch die gesamte Kolonialzeit hindurchzieht; sie reicht bis in die Neuzeit und kommt etwa in dem lange verweigerten Wahlrecht für Frauen zum Ausdruck, aber auch in der gegenwärtigen Verweigerung von Asyl, der Schaffung einer Zwei-Klassenmedizin, etc.

Mit der Globalisierung ist die Welt fraglos näher zusammengerückt, doch stehen die heutigen Spaltungen den kolonialen Trennungen vor damals in nichts nach. Dem globalen Norden mit seiner wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Vorherrschaft stehen heute die Zonen des Elends, der Demütigung und Gewalt gegenüber: der globale Süden. Und der hat sich längst auch in den Vorstädten Nordamerikas und Europas ausgebreitet, wie umgekehrt Zonen eines prosperierenden Reichtums auch in Afrika, Asiens und Lateinamerika auszumachen sind. Denken Sie nur an Städte wie Rio de Janeiro, in denen Inseln eines fast schon märchenhaften Luxus umgeben sind von den Favelas der Armen.

Es sind zwei gegenläufigen Bewegungen, die die bisherige Globalisierung bestimmt haben: einerseits ist die Welt zu einem globalen System integriert worden, wodurch erstmals die Möglichkeit weltgesellschaftliche Verhältnisse aufscheint (ich werde am Ende darauf zurückkommen), andererseits wurden große Teile der Weltbevölkerung, für die es in eben diesem System keinen Platz zu geben scheint, sozial ausgegrenzt. Sie wurden zu „Redundant People“, wie es im Englischen heißt: zu Menschen, die in den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen nicht mehr gebraucht werden, die „überflüssig“ sind.

Dieser dramatische Zuwachs von Ungleichheit ist kein Betriebsunfall; er ist unmittelbare Folge dessen, was wir Neoliberalismus nennen, der globalen Entfesselung des Kapitalismus. Denn die Globalisierung, wie sie bisher stattgefunden hat, zielte eben nicht auf eine soziale und menschengerechte Gestaltung der Welt, sondern war und ist zuallererst eine ökonomische Strategie. Ziel war die Wiederankurbelung der in den 1970er Jahren ins Stocken geratenen Kapitalverwertung. Damals schienen die Grenzen des Wachstums nahe und das Erzielen von Rendite nur noch über die Senkung der Produktionskosten möglich. Erreicht wurde dies unter anderem durch den Einsatz neuer Technologien, aber auch über der Internationalisierung der Produktionsabläufe. Investiert wurde fortan bevorzugt dort, wo Subventionen und Steuerbefreiungen lockten, wo die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering waren, mit anderen Worten: wo größere Profitmargen winkten. Arbeitsplätze wurden in die Billiglohnländer des Südens verlagert, die Firmen selbst grenzüberschreitend verschachtelt.

Voraussetzung für die Internationalisierung der Produktion war die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Entsprechend stand nicht die Freizügigkeit von Menschen auf der Agenda der Globalisierung, sondern die Freiheit von Waren und Geldströmen. Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem Trickle-down-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Acht Einzelpersonen besitzen heute so viel wie die unteren 3,5 Mrd. der Weltbevölkerung zusammen.

Schon kurz nach dem Fall der Berliner Mauer warnte der mexikanische Schriftsteller Carlos Fuentes, dass die Idee der Freiheit zur neo-liberalen Befreiung von jeder sozialen Verantwortung verkümmern könnte. Auf bedrückende Weise hat Carlos Fuentes recht behalten. Über 300 Millionen Menschen sind seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes aufgrund von Armut gestorben. Das sind mehr als in allen Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen.

Man muss kein Pessimist sein, um vorauszusagen, dass dieses stille, von der Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommene Verrecken von Menschen anhalten wird, wenn die Dynamik, die mit der Entfesselung des Kapitalismus ausgelöst wurde, nicht gestoppt wird.

Nun, ich will damit nicht sagen, dass der Kapitalismus für alle Übel der Welt verantwortlich gemacht werden kann. Auch persönliches Machtstreben, verquaste Weltbilder und überkommen geglaubte Dogmen treiben ihr Unwesen. Und richtig ist auch, dass es der Kapitalismus war, der den industriellen und technologische Fortschritt und damit die Möglichkeiten eines Lebens frei von Not und Notwendigkeit vorangetrieben hat.

Aber eben diese Vorzüge des Kapitalismus verkehren sich heute in ihr Gegenteil. Der Zwang zur Erwirtschaftung von Rendite zwingt zu einer voranschreitenden Inwertsetzung von Mensch und Natur und sorgt inzwischen dafür, dass Naturbeherrschung in Naturzerstörung umschlägt, Wohlstand in soziale Verunsicherung, Individualität in Depression, Freiheit in Vogelfreiheit.

Ob in Afrika, Lateinamerika oder in Asien: überall werden Menschen heute entrechtet und sich selbst überlassen. Millionen von Subsistenzbauern verlieren im Zuge eines längst notorisch gewordenen Landraubes ihre Existenzgrundlage. Immer weitere Anbauflächen fallen dem schnell wachsenden Geschäft mit Bio-Diesel zum Opfer; Hedgefonds, zahlungskräftige Golfstaaten und Agromultis reißen sich die fruchtbarsten Agrarflächen unter den Nagel.

Auch Deutschland, auch wir sind beteiligt: um unseren Lebensstil zu sichern, nimmt Deutschland geschätzt ca. 80 Millionen Hektar Agrarland im Ausland und damit 5-mal so viel wie die eigene Agrarfläche in Anspruch.

Wir alle tragen inzwischen Klamotten, die in Weltmarktfabriken unter höchst prekären, an Sklavenarbeit erinnernden Bedingungen hergestellt werden. Solange hiesige Betriebswirte solche Missstände als „Wertschöpfungsketten“ schönreden können, verfestigt sich die weltweite Ungleichheit und nehmen die notorischen Verletzungen der Menschenrechte zu.

Schauen wir auf die Freihandelsabkommen, die Europa z.B. den afrika-nischen Ländern aufrötigt: Sie bevorteilen nicht nur die heimischen Unternehmen, sondern reduzieren auch den sozialpolitischen Aktionsrahmen der Regierungen vor Ort. Wenn Zölle und Steuern als Handelshemmnisse gelten, die vertraglich unzulässig sind, bleiben auch die öffentlichen Kassen leer. Wenn sich Machthaber nicht mehr über leistungsfähige Institutionen der Daseinsvorsorge legitimieren können, die allen Teilhabe ermöglichen, greifen sie zu autoritären Formen der Machtsicherung. An die Stelle einer inklusiven Ökonomie treten repressive Maßnahmen: Prozesse, die wir auch in Syrien beobachten konnten, bevor es zum offenen Ausbruch des Krieges kam.

Auch in Syrien ging der kriegerischen Gewalt eine Zunahme der strukturellen Gewalt voraus. Während der Reichtum einer kleinen Elite zunahm, verarmten breite Bevölkerungsschichten. Und als dann auch die sozialstaatlichen Subventionen für Mieten und Bildung gekappt wurden und sich die Folgen einer landesweiten Dürrekatastrophe bemerkbar machten, wuchs die Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Zur Gewalt, die heute zu beklagen ist, zählt nicht zuletzt, dass sie sich gegen jene richtet, die sich für den Schutz und die Verwirkung der Menschenrechte engagieren: Menschen, die gegen Korruption und Willkür aufbegehren, die gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen protestieren, soziale Missstände anklagen, für Demokratie und den Schutz der Umwelt kämpfen. Deren Handlungsspielraum, so sagen es unsere Partner, so erfahren wir es selbst, wird immer enger.

Unverkennbar hat die marktradikale Umgestaltung der globalen Verhältnisse die Erde in einen extrem unsicheren Ort verwandelt.

Die negativen Effekte der globalen Entfesselung des Kapitalismus aber bleiben nicht auf die Bevölkerungen der Länder im Süden beschränkt bleiben. Längst ist ein Prozess im Gange, den der kamerunische Politikwissenschaftler Achille Mbembe höchst treffend als das „Schwarzwerden der Welt“ beschrieben hat.

Schauen wir auf die Freihandelsabkommen, die zwischen Kanada, den USA und Europa im Gespräch sind. Zum ideologischen Kern von CETA und TTIP zählt, dass alles, was Wachstum und rentable Kapitalverwertung beeinträchtigen könnte, aus dem Weg zu schaffen ist. Dazu gehören auch staatliche Regulierungen, die zum Schutz der Menschenrechte getroffen werden bzw. wurden. Solche Regulierungen gelten den gegenwärtigen Freihandelskonzeptionen lapidar als „Nicht-tarifäre Handelshemmnissen“.

Beispiele dafür sind das Verbot der Tabakwerbung; die kartellrechtliche Privilegierung gesetzlicher Krankenkassen; das von Ländern wie Schweden erlassene Verbot eines aggressiven, sich direkt an Kinder richtenden Marketing; das Arbeitsrecht, Mindestlöhne und viele der in den letzten Jahren errungenen Umweltschutzaufgaben.

Solche Regulierungen, die dem Schutz von Leib und Leben dienen, bedeuten für Investoren eine Schmälerung ihrer Profitchancen. Und eben deshalb werden sich viele Regierungen den Schutz ihrer Bevölkerungen künftig nicht mehr leisten können. Und zwar im Wortsinne. Denn mit den geplanten und vielen der bereits bestehenden Freihandelsabkommen wird ausländische Investoren das Recht zugestanden, Staaten auf Entschädigung für ausgefallene und sogar noch

zu erwartende künftige Gewinne zu verklagen. Einen Vorgeschmack auf das, was uns da erwartet, liefert gerade das schwedische Energieunternehmen Vattenfall, das die Bundesregierung auf Profitauffälle verklagt hat, die im Zuge des Atomausstiegs entstanden sind. Der französische Dienstleister Veolia verklagte Ägypten, weil es seine Profite durch die Einführung eines Mindestlohns geschmälert sah. Philipp verlangte von Uruguay Entschädigung wegen des dortigen Verbotes von Tabakwerbung, etc.

Geschäfte, die den Grundsätzen der Menschenrechte zuwiderlaufen, können zwar weiterhin eingeschränkt und verboten werden, aber auf absurde Weise nur noch unter Maßgabe der Entschädigung für Gewinnausfälle. Damit erhalten Kapitaleigner so etwas wie ein „Super-Recht“: ein Recht auf Rendite, das alle anderen Rechten überstrahlt.

Und so hebt ein von allen Fesseln befreiter Kapitalismus letztlich auch das aus, was sein Entstehen erst ermöglicht hat: die Menschenrechte. Das klingt reichlich paradox, ist aber der Fall. Schauen wir noch einmal zurück.

Historisch gesehen ist die Idee der Menschenrechte aufs engste mit der Entwicklung des Kapitalismus und der mit ihm korrespondierenden Rechtsordnungen verbunden. Deutlich wird das insbesondere im Recht auf Privateigentum, mit dem das damals am Ende des 18. Jahrhunderts aufkommende Bürgertum die Notwendigkeit eines radikalen Bruchs mit der herrschenden Feudalordnung begründete. Fraglos liegt in der Garantie von Eigentumsrechten ein historischer Fortschritt. Problematisch aber wurde die Sache in dem Augenblick, als das universelle Recht auf Eigentum mit einem höchst partikularen Interesse, dem Interesse an Kapitalakkumulation und Rendite gleichgesetzt wurde.

Mit dieser Gleichsetzung, mit der Gleichsetzung von Eigentum und Rendite, von Ökonomie und Wachstum wurde das ideologische Fundament für die irrige Überzeugung gelegt, dass sich mit der globalen Ausbreitung des Kapitalismus auch die Menschenrechte ausbreiten würden, ... dass es letztlich der Kapitalismus sei, der die Menschen frei mache.

Wir alle spüren, wie das Gegenteil heute der Fall ist. Wie die Welt zunehmend aus den Fugen gerät, und selbst die Apologeten des Neoliberalismus: die Weltbank, die Bundesregierung und Think Tanks, wie die Bertelsmann Stiftung, haben inzwischen erkannt, wie prekär die Lage ist. Der Bundesentwicklungshilfeminister hat erkannt, dass wir nicht länger auf Kosten der anderen leben können, und auch das Davoser Weltwirtschaftsforum musste kürzlich eingestehen, dass sich im Zuge der Globalisierung das Risiko für soziale Verunsicherung drastisch vergrößert habe.

Dass aus solchen Einsichten dennoch kein Umdenken resultiert, hat mit der in den letzten Jahrzehnten von Politik, Medien und Wissenschaft immer wieder beschworenen vermeintlichen Alternativlosigkeit zu tun. Sie kennen das Diktum von Margaret Thatcher „There is no Alternative!“, mit dem sie der globalen Entfesselung des Kapitalismus so etwas wie eine Aura von ökonomischen Zwangsläufigkeit gegeben hat. „Auf Sicht fahren“, nennt das Angela Merkel, und meint damit die Reduzierung von Politik auf Krisenmanagement. War die Moderne noch davon überzeugt, die Risiken, denen Menschen ausgesetzt sind, reduzieren bzw. aus der Welt schaffen zu können, geht es heute eigentlich nur noch um den Erhalt des Status quo, und sei er noch so ungerecht.

Wie Mehltau hat sich die vermeintliche Alternativlosigkeit auf das Denken der Menschen gelegt: Mit der fatalen Konsequenz, dass sich inzwischen mehr Leute eher den Untergang der Welt vorstellen können, als das Ende des Kapitalismus.

Unter solchen Umständen nimmt es nicht Wunder, dass die gesellschaftlichen immer weniger unter Menschenrechtsaspekten, sondern im Kontext von Sicherheit betrachtet werden. Mit Blick

auf die in der Welt um sich greifende Gewalt müssten die Menschenrechte heute hinter pragmatischen Sicherheitserwägungen zurücktreten, verlangen Politiker aller Couleur.

Dabei gerät der fundamentale Unterschied zwischen Recht und Sicherheit aus dem Blick. Wer um Sicherheit bemüht ist, versteht Sicherheit meist nur selektiv: als die eigene Sicherheit bzw. als eine Sicherheit, die an bestimmte Territorien bzw. Privilegien gebunden ist. Tatsächlich drehen sich sicherheitspolitischen Überlegungen in aller Regel um die Absicherung jener imperialen Lebensweise, die einige auf Kosten anderer führen. In dieser Form folgen die herrschenden Sicherheitsstrategien vorrangig der Logik der ökonomischen Globalisierung; sie sichern die rentablen Regionen der Welt vor den Zonen der Ausgrenzten und Überflüssigen. Und dies sowohl im gesellschaftlichen Binnenverhältnis als auch im globalen Kontext. Auf diese Weise werden ausgerechnet diejenigen in ihren Lebensumständen verunsichert, die am meisten sozialer Sicherung bedürften: die sozial Ausgrenzten, die Chance- und Mittellosen.

Eine andere Politik erfordert zuallererst, dieses alles dominierende Sicherheitsparadigma aufzubrechen. Es gilt deutlich zu machen, dass dem vielfältigen Krisengeschehen nicht mit Zäunen und militarisierten Grenzen, nicht mit Abschottung und Lagern begegnet werden kann, sondern allein über eine Politik des sozialen Ausgleichs.

Schon die Propheten des Alten Testaments wussten, dass Frieden nicht das Ergebnis von Sicherheit ist, sondern von Gerechtigkeit: der Gerechtigkeit Frucht wird der Friede sein, heißt es bei Jesaja. Offenbar ist es notwendig, dieses uralte Wissen immer und immer wieder gegen eine fast schon mythische Überhöhung von Sicherheit in Erinnerung zu rufen.

Und wenn es Sie verwundert, warum ein Vertreter der kritischen Theorie mit Jesaja argumentiert, kann ich das gleiche auch nochmal mit Karl Marx sagen: die Geschichte sei eine Geschichte von Kassenkämpfen, sagt Marx, und solange es Klassengegensätze gäbe, werde es auch keinen Frieden geben.

Niemand anderes als der milliardenschwere Börsenspekulant Warren Buffett, einer der reichsten Männer der Welt, hat kürzlich auf diesen Umstand hingewiesen: „Es herrscht Klassenkrieg,“ so Buffett im Interview, „aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die den Krieg führt, und wir sind dabei, ihn zu gewinnen“.

Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass die Gefahren nicht von außen kommen, sondern von innen. Die globale Katastrophe hat hier ihren Ausgang genommen. Es ist das von uns in alle Welt exportierte marktradikale Wirtschaftssystem, das die Ursache des Elends darstellt und so auch Menschen zur Flucht und Migration zwingt. Wenn wir es genau nehmen, ist es unsere Lebensweise, die dafür verantwortlich ist, dass anderswo Menschen entwurzelt werden.

Und genau das ist für mich der Punkt, wo wir heute den Kampf für die Menschenrechte ansetzen müssen. Es ist höchste Zeit deutlich zu machen, dass es auch anders geht. Es ist Zeit für die Formulierung einer gesellschaftlichen Alternative, die mit den Menschenrechten ernst macht und sie sozusagen vom Kopf auf die Füße stellt. Es ist Zeit für eine Politik des sozialen Ausgleichs und die Schaffung globaler Verhältnisse, die nicht die einen privilegieren und die anderen entrechten.

Keinesfalls dürfen wir die Formulierung der Alternative den Le Pens und Petris dieser Welt überlassen. Nicht zuletzt die Wahlerfolge rechtspopulistischer Bewegungen aber zeigen, wie groß die Sehnsucht der Leute nach einer Alternative ist. Aber weder der Brexit, noch ein großspuriger Scharlatan wie Donald Trump werden die Umkehr bringen. Um den Menschenrechten heute Geltung zu verschaffen, sind nicht rückwärts gerichtete Nationalismen oder wirtschaftliche Abschottung gefragt, sondern eine solidarisch verfasste Gesellschaftlichkeit,

die allen Menschen an allen Orten der Welt und ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Nationalität Schutz und Wohltat zukommen lässt.

Und so ist es nicht zuletzt der Bezug auf die Menschenrechte, der uns bei der Formulierung der Alternative leiten kann. Ihre Grundzüge ergeben sich aus drei fundamentalen Prinzipien, die sich durch alle Menschenrechte hindurchziehen:

das Prinzip der demokratischen Konstitution von Gesellschaften als Voraussetzung von Freiheit,

das Prinzip der Nicht-Diskriminierung als Grundlage von Gleichheit und

das Prinzip gesellschaftlicher Verantwortung, gefasst im Bild der Fraternité.

Wie sehr die Verwirklichung der politischen Rechte von der Existenz demokratischer Verhältnisse abhängt, muss ich in diesem Kreis wohl nicht weiter ausführen. Ohne Frage gründet sich Freiheit auf die Möglichkeit, am öffentlichen Geschehen teilhaben zu können, auf die Gewissheit, Bedeutung zu haben; Anerkennung zu finden und jederzeit eigene Wege gehen zu können, mit anderen Worten: Freizügigkeit zu genießen.

Die Idee der Gleichheit fußt – negativisch gesprochen – auf dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung. Dabei wird klar, dass Gleichheit etwas völlig anders meint als Identität, wie umgekehrt das Recht auf Verschiedenheit nicht mit Ungleichheit verwechselt werden darf. Gleichheit entsteht nicht durch Abschottung, sondern durch Nicht-Diskriminierung. Dieses Prinzip könnte übrigens ohne Abstriche unverzüglich realisiert werden – auch im eigenen Land. Es ist beschämend zu sehen, dass Deutschland immer wieder vom Genfer UN-Menschenrechtsrat gerügt wird, weil es einzelne Bevölkerungsgruppen, seien es Alte, schlechter Verdienende, Migrantinnen oder Asylbewerber von einer umfassenden gesundheitlichen Versorgung ausschließt oder mit Minimalleistungen abspeist.

Ohne Frage sind die Menschenrechte voraussetzungslos. Niemand muss sich Freiheit erst verdienen, und doch bedarf es zum Schutz der Menschenrechte eben auch einer Gesellschaftlichkeit, die über bloße Bekundungen und humanitäre Gesten hinausgeht. In den Menschenrechten steckt mehr als ein moralischer Appell. Mit ihnen verbinden sich auch individuelle Rechtsansprüche und somit gesellschaftliche Verpflichtungen. Nur als Teil rechtlich verfasster Gemeinschaften sichern sich die Menschen ihre Rechte. Nur dort, wo es öffentlich getragene und allen zugängliche Institutionen von Daseinsvorsorge gibt, können Menschen auch das Recht auf Bildung, auf Gesundheit oder sozialer Sicherung geltend machen.

„Als gleiche sind wir nicht geboren“, befand Hannah Arendt. „Gleiche werden wir als Mitglieder einer Gruppe erst kraft unserer Entscheidung, uns gegenseitig gleiche Rechte zu garantieren.“

Das darin zum Ausdruck kommenden fundamentale „Recht, Rechte zu haben“ heute zu verteidigen, heißt nicht zuletzt der weiteren Aushöhlung staatlicher Sozialpolitik entgegenzutreten und auf das zu drängen, was wir bei medico die „soziale Infrastruktur“ nennen. Gemeint ist ein Ensemble öffentlicher Güter, das allen kostenfrei zur Verfügung steht. Die Sicherstellung von Gesundheit, Bildung, die Teilhabe an Kultur, - all das sind öffentlichen Aufgabe, denen nur über solidarisch finanzierte gesellschaftliche Institutionen entsprochen werden kann. Statt das in solchen Gemeingütern steckende öffentliche Eigentum an private Investoren auszuliefern, gilt es sie über Prozesse der Umverteilung und durch regulative Maßnahmen so zu stärken, dass alle Menschen die Bedingungen vorfinden, die sie zur Entfaltung eines selbstbestimmten und würdigen Lebens brauchen.

Es gilt zu erkennen, dass es im Zugang zu Bibliotheken, Arzneimitteln und Schauspielhäusern um die Verwirklichung elementarer Menschenrechte geht und nicht um Fragen betriebswirtschaftlicher Effizienz. Ein Krankenhaus, das schwarze Zahlen schreibt, ist in den seltensten Fällen ein gutes Krankenhaus.

Und so könnte die Alternative, die es zu formulieren gilt, Kontur annehmen. Längst wissen wir um die Bedeutung von demokratischer Teilhabe, von genossenschaftlicher Ökonomie, von Rechtssicherheit und solidarische finanziert Daseinsvorsorge. Was wir allerdings zu ergründen haben ist, wie sich solche Institutionen ins Globale erweitern lassen. Wie es gelingt, völlig gegenläufig zum herrschenden neoliberalen Trend, jene grenzüberschreitende soziale Infrastruktur zu schaffen, die schließlich die Voraussetzung dafür bildet, dass eine den globalisierten Verhältnissen angemessene transnationale Existenz von Menschen – und nicht alleine von Kapital - möglich wird.

An Ideen, wie eine solche grenzüberschreitende Gesellschaftlichkeit zu schaffen wäre, fehlt es nicht. Seit Jahren wirbt medico z.B. für die Einrichtung eines „Internationalen Fonds für Gesundheit“, der – vergleichbar zum innerdeutschen Länderfinanzausgleich – die Länder, die dazu imstande sind, verpflichtet, auch zu den Gesundheitsbudget der ärmeren Länder beizutragen. Wohlgedenkt: verpflichtet! Es geht nicht um mehr Entwicklungshilfe, sondern um die grenzüberschreitende Ausweitung des Solidargedankens, dass Wohlhabende und Besserverdienende auch für die sozialen Bedürfnisse derjenigen eintreten, die arm, zu jung oder zu alt sind; Jüngere für Ältere; Beschäftigte für Beschäftigungslose etc.

Solche Solidarsysteme existieren noch immer in einigen Ländern. Sie heute über die Landesgrenzen hinaus auszuweiten, sie zu internationalisieren, wäre mit Blick auf den erreichten Globalisierungsgrad nicht nur überfällig, sondern vermutlich auch die einzige Chance, sie im nationalen Kontext zu retten.

Mag sein, dass solche Ideen heute noch utopisch klingen. Mit Blick auf den längst erreichten Globalisierungsgrad wird an ihnen aber kein Weg vorbeiführen. Nur so wird es gelingen, die Menschenrechte mit ihrem Anspruch auf Universalität zu verwirklichen und sie zur Grundlage einer Weltverfassung zu machen, die über alle Grenzen hinweg jene Prinzipien definiert, die allen Menschen, egal an welchem Ort der Welt, ein würdevolles Leben garantieren könnte.

Ohne ein solches Weltbürgerrecht sind die Menschenrechte auf Dauer nicht denkbar, schrieb schon Kant in seinem „Traktat über den Ewigen Frieden“, in dem er nicht nur mit der Kurzsichtigkeit kriegsvernarrter Politiker ins Gericht ging, sondern auch die koloniale Unterjochung der neuen Kontinente geißelte: Mit gewaltförmiger Ausdehnung von Macht wird Frieden und Freiheit nicht zu erreichen sein. Nur wenn es gelingt, dass „die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen anderen gefühlt wird“, so Kant wörtlich, dann kann Frieden gestiftet werden.

Vielen Dank